

„Die meisten Parteien fürchten, als islamfeindlich zu gelten“

Stand: 17:20 Uhr | Lesedauer: 11 Minuten


Von **Marc Reichwein**
Redakteur im Feuilleton

„Man sollte die Bevölkerung aufklären“: Susanne Schröter

Quelle: Privatarchiv Susanne Schröter

In vielen Regionen der Welt hat der rigide Islam nach und nach moderate Strömungen verdrängt. Susanne Schröter leitet das Forschungszentrum Globaler Islam und ruft die deutsche Politik zum schnellen Handeln auf. Ein Gespräch über die Zukunft Europas mit muslimischer Mehrheit.

Susanne Schröter (https://www.uni-frankfurt.de/43551644/Prof__Dr__Susanne_Schr%C3%B6ter) ist Professorin für Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt und leitet das dortige Forschungszentrum Globaler Islam. 2019 sorgte ihre Konferenz zum islamischen Kopftuch (/kultur/plus193156725/Ethnologin-Schroeter-Begriff-des-antimuslimischen-Rassismus-fuehrt-ins-Abseits.html) („Symbol der Würde oder Unterdrückung?“) für Proteste – dabei ist Schröter alles andere als eine Islamfeindin. Sie kritisiert den rigiden Islam, der die muslimischen Verbände in Deutschland prägt. Ein Gespräch über islamische

Vielfalt, die Versäumnisse der deutschen Islam-Politik und muslimische Zukunftsszenarien von Michel Houellebecq und Constantin Schreiber.

WELT: Ihr neues Buch „Allahs Karawane“ (https://www.chbeck.de/schroeter-allahs-karawane/product/32392617)(C.H. Beck) handelt von der außerordentlichen Vielfalt des globalen Islam, es zeigt einen historisch gewachsenen Islam auf allen Kontinenten. Spielt da eigene Anschauung eine Rolle?

Susanne Schröter: Ich habe in den 1990ern in Indonesien gelebt. Typisch für diese Weltgegend ist, dass sich der dort sehr moderate Islam in den letzten Jahrzehnten sukzessive verändert hat. Die Saudis hatten seit den 1980er-Jahren Stipendienprogramme für asiatische Studenten aufgelegt. Plötzlich kehrten reihenweise Absolventen mit wahabitischer Ideologie zurück und vertraten die Meinung: Der Islam, der in Asien gelebt wird, sei nicht der wahre Islam. Mit arabischer Unterstützung, auch aus den Golfstaaten, wurde vieles zum Unguten umgekrempelt.

WELT: Dann führt die Ausbreitung der entsprechend finanzierten Ideologie zu einer Homogenisierung des globalen Islam?

Schröter: Ja, das kann man im Grunde so sagen. Mit Saudi-Arabien und dem Iran habe ich mich in einem separaten Buch beschäftigt (***„Im Namen des Islam. Wie radikalislamische Gruppierungen unsere Gesellschaft bedrohen“, Pantheon-Verlag; Anm. d. Red.***) und nachgezeichnet, wie sich extrem rigide islamistische und an den Rändern auch gewalttätige Varianten des politischen Islam durchgesetzt haben. Die iranische Revolution 1979 (/kultur/plus228841881/Islamische-Revolution-Khomeinis-Geheimnis.html), die Besetzung der Großen Moschee in Mekka und die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion waren drei Kardinalereignisse, die dem vorher weitgehend unbedeutenden Islamismus global zur Durchsetzung verholfen haben. Das geschah im Verbund mit globalisierten Medien, Migration und stärkerer Mobilität, also all den Dingen, die seit Ende des 20. Jahrhunderts insgesamt prägend geworden sind. Die in diversen Weltregionen typischen synkretistischen, moderaten und volkstümlichen Formen des Islam stehen seither zunehmend unter Druck.

WELT: Synkretismus meint die Vermischung verschiedener Religionen.

Schröter: Synkretismen gibt es überall auf der Welt. Sie entstehen, wenn sich unterschiedliche Religionen und Kulturen vermischen. In Indien und Indonesien ist der Islam durch den Hinduismus beeinflusst, in China, bei den Hui, finden sich Elemente des Konfuzianismus wieder, im Balkan solche aus dem Christentum. All diese synkretistischen Formen des Islam wollte ich auch deshalb herausstellen, weil sie Rituelles und Spirituelles betonen, statt die ganze Welt in ein rigides normatives Korsett zu zwängen.

WELT: In „Allahs Karawane" beschreiben Sie Phänomene, die man in traditionellen islamischen Ländern nie vermutet hätte, etwa die genderfluiden Hijras in Pakistan. Was hat es damit auf sich?

Schröter: Hijras sind in Pakistan offiziell als drittes Geschlecht anerkannt – nicht unter Salafisten und Wahabiten, die schon Anschläge auf sie verübt haben. Doch bei den orthodoxen Barelwis (https://de.wikipedia.org/wiki/Barelw%C4%AB-Bewegung), die ansonsten jede Mohammed-Beleidigung mit dem Tod bestrafen, sind Hijras akzeptiert. Gott habe sie eben so geschaffen – und deswegen könne man sie auch nicht diskriminieren. Das Phänomen der Hijras gibt es auch im hinduistischen Kontext, ist also letztendlich ein Synkretismus zwischen Hinduismus und Islam.

WELT: Was kennzeichnet den Islam in Europa?

Schröter: Europa hat mit dem Balkan bzw. Bosnien eine historisch muslimische Region, die Teil des Osmanischen Reichs und später Teil der Habsburgermonarchie war. Hier herrschte lange eine eher synkretistisch und sufistisch geprägte Form des Islam vor. Seit dem Zerfall Jugoslawiens hat der Sufismus das Nachsehen. Inzwischen ist die Entwicklung auch auf dem Balkan durch finanzstarke Akteure wie Saudi-Arabien und die Türkei beeinflusst. Generell sind moderat islamische Strömungen gegenüber straff und zentralistisch organisierte Islamvereinigungen immer im Nachteil.

WELT: Gilt das auch für die Muslime in Mitteleuropa?

Schröter: Die muslimische Gemeinschaft Mitteleuropas ist vor allem durch Zuwanderer der letzten Jahrzehnte geprägt. Auch bei ihnen würde ich den konservativen und orthodoxen Islam nicht in der Mehrheit sehen. Allein die Organisationen, die von der Politik als Partner für die Repräsentanz der zugewanderten Muslime erwählt wurden, vermitteln gerne diesen Eindruck. Zu Partnerorganisationen der deutschen Politik wurden sie vor allem deshalb, weil sie gut organisiert sind. Doch man sollte nicht vergessen, dass diese Verbände personell und finanziell aus dem Ausland gesteuert werden. Und das ist fatal, weil die konservativen Islamverbände die eher unorganisierten liberalen Muslime in der öffentlichen Wahrnehmung überlagern.

WELT: Wir übersehen die liberalen Muslime?

Schröter: Es gibt sie ja, reformorientierte islamische Theologen und Intellektuelle, die sich um eine kritische Exegese von islamischen Texten bemühen. Man denke an Mouhanad Khorchide (***Leiter des Zentrums für Islamische Theologie an der Universität Münster; d. Red.***), Abdel-Hakim Ourghi (***Islamischer Religionspädagoge an der PH Freiburg; d. Red.***) oder etwa – jenseits der Universität – an Hamed Abdel-Samad. Zudem gibt es auf einer ganz pragmatischen Ebene Versuche, einen menschenfreundlichen Islam zu leben, der kein Problem mit Frauenemanzipation, Homosexualität und Toleranz gegenüber anderen Religionen hat. Denken Sie an die Imamin Seyran Ates. Ihr Leben ist bedroht, weil sie all diese Werte lebt, und sie kann sich nur noch mit Personenschützern durchs Land bewegen.

WELT: Im säkularen Europa herrscht große Skepsis, oft auch schieres Ressentiment gegenüber Muslimen bzw. den religiösen Symbolen des Islam. Bewegungen wie Pegida und rechtspopulistische Parteien schüren entsprechende Ängste vor dem Islam.

Schröter: Umfragen, ob sie nun deutschland- oder europaweit durchgeführt werden, zeigen immer wieder, dass es in großen Teilen der Bevölkerung Ressentiments gegenüber Muslimen und dem Islam gibt. Menschen fürchten, dass sich mit dem Islam die Scharia ausbreitet und die Frauenrechte leiden. Dieses Bild hängt damit zusammen, dass viele Islamverbände tatsächlich einen eher rigiden Islam repräsentieren und propagieren. Ich sehe durchaus ein Problem darin, dass die meisten politischen Parteien das Thema Islam

gar nicht aufgreifen – weil es unbequem ist oder weil man befürchtet, als rassistisch oder islamfeindlich zu gelten. Man hat das Thema in Deutschland schlicht der AfD oder in Frankreich der Partei von Marine Le Pen überlassen.

Natürlich ist es so, dass nicht alle Deutschen, die ein Problem mit islamischen Verbänden haben, AfD wählen. Doch diese Parteien werden bleiben, solange die anderen Parteien zu keiner realistischen Islampolitik finden. Mein Vorschlag an die Politik war immer, dass man das nicht den Rechten überlässt, die von tatsächlicher Islamfeindlichkeit getrieben sind. Wichtig wäre, dass die deutsche Politik endlich mehr demokratische und emanzipative Islamorganisationen unterstützt. Man muss doch nicht für immer mit den Islamorganisationen zusammenarbeiten, die von fragwürdigen und ausländischen Regierungen aufgebaut wurden.

WELT: Sie meinen Organisationen wie die Ditib?

Schröter: Ja. In mehreren Gutachten wurde die fehlende Unabhängigkeit der Ditib von Ankara bestätigt. Der gesunde Menschenverstand sollte es verbieten, dass wir in Deutschland mit solchen Organisationen zusammenarbeiten. Natürlich ist klar, wie es zu solchen Allianzen kam. Die deutschen Politiker orientieren sich am Staatskirchenrecht und wollten mit Muslimen ein ähnliches Modell wie jenes, das sich mit den christlichen Kirchen bewährt hat. Aber das funktioniert so nicht, weil es keine islamische Kirche gibt. Der Islam ist völlig anders verfasst. Die Idee, die Strukturen der christlichen Kirchen auf den Islam zu übertragen, hat uns in die Irre geführt. Deshalb haben wir heute das Problem, dass die großen islamischen Organisationen des politischen Islam in unzählige Kooperationen eingebaut sind, sei es für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen, sei es im Rundfunkrat oder anderswo. In der Öffentlichkeit erscheinen diese Organisationen jetzt als „die" Vertretung „des" Islam. Und von diesem Islam wenden sich viele ab. Zu Recht.

WELT: Was raten Sie der deutschen Politik?

Schröter: Man sollte vonseiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht nur mit den großen Verbänden kooperieren, die einen rigiden Islam vertreten. Man müsste die Breite

der Muslime besser sichtbar machen. Dann würde auch die allgemeine Islamfeindlichkeit zurückgehen. Davon bin ich überzeugt. Man sollte die Bevölkerung aufklären, was Islam alles sein kann – eben nicht nur schariaorientiertes Hardlinertum, sondern auch Spiritualität und Barmherzigkeit und vieles mehr. Ich glaube, eine differenziertere Wahrnehmung des Islam könnte viel bewirken. Solange die Politik aber festhält an ihrer Kooperation mit der Ditib, mit Milli Görus oder den Vertretungen der Mullahs, muss man sich nicht wundern, wenn das Islambild in Deutschland negativ bleibt.

WELT: Warum nehmen wir die nicht rigiden Muslime so wenig wahr?

Schröter: Liberale Muslime sind weniger stark organisiert als diejenigen Muslime, die einen rigiden Islam vertreten. Das hat Gründe. Zum einen werden sie, wie gesagt, nicht von ausländischen Strukturen getragen. Zum anderen haben sie von Haus aus weniger Neigung, sich zu organisieren. Meistens sind sie gut integriert und haben kein Bedürfnis, sich in einer religiösen Organisation zu engagieren. Sie sind eher im Elternbeirat, im Fußballverein oder einer Gewerkschaft aktiv – so wie andere Menschen auch.

WELT: Wie wichtig sind islamischer Schulunterricht und die Ausbildung islamischer Theologen an staatlichen deutschen Universitäten?

Schröter: Wir haben folgendes Dilemma: Wenn man einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht aufbauen möchte (nach dem Vorbild anderer Religionsgemeinschaften), bräuchte man eigentlich einen religiösen Partner. Nur sind islamischen Verbände hierzulande bis auf die Ahmadiyya Muslim Jamaat (https://de.wikipedia.org/wiki/Ahmadiyya_Muslim_Jamaat) keine anerkannten Religionsgemeinschaften im Sinne von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Für einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht nach christlich-staatlichem Vorbild fehlt also der Partner.

Damit bleibt nur ein Religionsunterricht unter staatlicher Leitung. Gegen diese Form des islamischen Unterrichts an staatlichen Schulen hat in Bayern gerade die Giordano-Bruno-Stiftung geklagt, mit dem Argument, der Staat solle keine Religionsgemeinschaften stiften, das sei verfassungswidrig. Das ist – rechtlich gesehen – in der Tat eine schwierige

Situation. Doch was will man machen, wenn die religiösen Partner fehlen? Ich warne davor, eine Organisation zu einem offiziellen Partner zu erheben, die einen politisierten Islam vertritt, nicht integrativ ist und eventuell noch unter Extremismusverdacht steht.

WELT: Was schlagen Sie vor?

Schröter: Es wäre wünschenswert, an staatlichen Schulen Religionsunterricht für muslimische Kinder einzuführen. Es gibt ja Beispiele. Das Land Hessen beispielsweise ist nach langen Jahren der Kooperation aus seiner Zusammenarbeit mit der Ditib ausgestiegen. Ich glaube, es stünde den Kultusministerien in allen deutschen Ländern gut an, das Fach islamische Religionskunde anzubieten. Dort könnten die Absolventen unserer islamisch-theologischen Zentren, die an diversen deutschen Hochschulen eingerichtet worden sind, unterrichten.

Das wäre eine Win-win-Situation. Die Kinder hätten staatlich beaufsichtigten Islamunterricht, damit sie nicht nur in privaten Koranschulen indoktriniert werden. Und die Absolventen der islamischen Theologie hätten einen Arbeitsmarkt. Ich glaube, man muss da ganz pragmatisch agieren. Vielleicht haben wir in zehn oder 20 Jahren mehr liberale muslimische Organisationen, die als religiöse Partner für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht fungieren können.

WELT: Der französische Schriftsteller Michel Houellebecq (/themen/michel-houellebecq/)(„Unterwerfung“) und jüngst auch der „Tagesschau“-Sprecher Constantin Schreiber („Die Kandidatin“) haben Romane geschrieben, die in näherer Zukunft muslimische Regierungen imaginieren. Für wie realistisch halten Sie solche literarischen Szenarien?

Schröter: Es sind ja zwei sehr unterschiedliche Szenarien. Houellebecq spekuliert, dass französische nicht muslimische Männer, etwa Universitätsprofessoren, sich von den Vorteilen eines islamischen Patriarchalismus wie der erlaubten Mehrfrauenehe bestechen lassen: eine Ehefrau für den Haushalt und mehrere ganz junge für den Sex. Da das unter säkularen Verhältnissen nicht möglich wäre, unterwerfen sich die Männer gern einem islamischen Regime.

Constantin Schreiber nimmt die gegenwärtigen Identitätspolitiken zum Ausgangspunkt und entwirft die Vision einer totalitären und zutiefst gespaltenen Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht eine muslimische Kanzlerkandidatin. Beides sind Romane, keine Zukunftsprognosen. Es kann sein, dass sich muslimische Hardliner zukünftig stärker durchsetzen und wir große Konflikte bekommen. Es kann aber auch sein, dass die Säkularisierung bei den jetzt noch sehr religiösen Muslimen voranschreitet oder dass es zu einer Liberalisierung des Islam in Deutschland kommt. Viel hängt davon ab, ob wir als Gesellschaft deutlich machen, dass wir klare Regeln haben, nach denen wir leben – oder ob wir den Anschein erwecken, alles sei verhandelbar.

WELT: Sie wurden für Ihre 2019 einberufene Kopftuchkonferenz viel kritisiert. Ist die diesbezügliche Debatte (/politik/deutschland/article192434681/Susanne-Schroeter-Frankfurter-Goethe-Universitaet-verteidigt-Islamforscherin-vor-Rassismus-Kritik.html) inzwischen weiter – oder gibt es nach wie vor zwei Fronten, die sich unversöhnlich gegenüberstehen?

Schröter: Es gibt viel mehr als zwei Fronten in dieser Debatte. Die religiös-fundamentalistische Haltung wäre: Das Kopftuch ist die Pflicht, die Gott den Frauen auferlegt hat. Eine zweite Fraktion sagt: Das Kopftuch ist optional, frau kann es tragen oder nicht tragen. Eine dritte, säkulare Lesart sieht das Kopftuch ganz allgemein als Zeichen einer patriarchalischen Gesellschaft, in der Frauen unterdrückt oder nachrangig behandelt werden. Und eine weitere Gruppe verurteilt das Kopftuch als Zeichen des Islamismus. Das sind jetzt nur vier schematische Blöcke, dazwischen gibt es zahlreiche Grauzonen.

WELT: Gibt es Verständigung zwischen diesen Blöcken?

Schröter: Was definitiv neu ist, dass sämtliche Positionen inzwischen auch von Musliminnen vertreten werden. Gerade bei säkularen Muslimen ist der Widerstand gegen das Kopftuch besonders ausgeprägt. Verständlicherweise, denn in vielen islamischen Ländern und auch in muslimischen Communitys hierzulande herrscht ein sehr großer Druck, das Kopftuch zu tragen. Im Iran kommen Frauen, die kein Kopftuch tragen, ins Gefängnis. Da hört der Spaß auf. Mir ist Differenzierung wichtig, mit Blick auf den

weltweiten Islam müssten wir die nicht rigiden Traditionen in muslimischen Ländern viel stärker betonen. Etwa Indonesien, wo sich sogar eine Art „feministischer Islam“ herausgebildet hat. Mit starken Frauenrechtlerinnen, die zwar Kopftuch tragen, aber trotzdem Frauenrechte gegenüber den fundamentalistischen Hardlinern einfordern. Manche der islamischen Universitäten Indonesiens haben Gender Mainstreaming als verpflichtendes Fach für alle eingeführt.

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: https://www.welt.de/232491537